Illustration: Imago/shutterstock/SZ

Behördensprache

Wegen Verwirrung geschlossen

Amtsdeutsch ist furchteinflößend, unverständlich, menschenfeindlich. Warum reden Behörden eigentlich so mit ihren Bürgern?

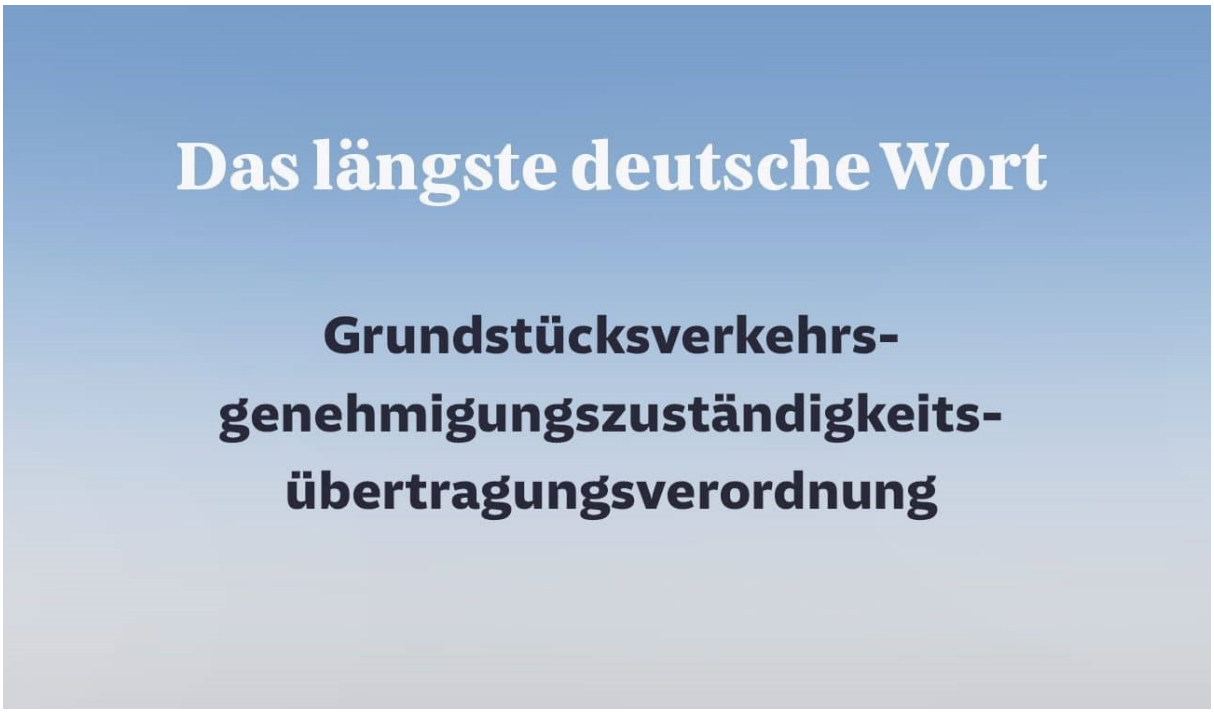
Von Violetta Simon

26. November 2021 - 8 Min. Lesezeit

„Die Begründetheit des Rechtsbehelfs ist im Verfahren zur Entscheidung über Anträge auf Aussetzung der Vollziehung nur in einem begrenzten Umfang zu prüfen."

Wer bei diesem Satz nur Bahnhof versteht, oder, amtlich gesagt, „eine Bahnanlage mit mindestens einer Weiche, wo Züge beginnen, enden, halten, überholen, kreuzen oder wenden dürfen", der befindet sich in bester Gesellschaft: Laut einer aktuellen Studie des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache sind 56,32 Prozent der Angeschriebenen nicht in der Lage, die Inhalte ihrer Steuerbescheide beim ersten Durchlesen zu erfassen. Nicht, dass das etwas Neues wäre – bereits in den 19790er-Jahren beklagte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, studierter Diplom-Volkswirt, dass er seine Steuererklärung nicht verstehe.

Die Frage ist: Warum ist das bis heute nicht besser geworden? Und gibt es eine Chance, dass sich das in der Zukunft ändert?



Die Sprachwissenschaftlerin Christine Möhrs, wissenschaftliche Referentin am Leibniz-Institut in Mannheim und Mitautorin der oben zitierten Studie, hält verständliche Sprache für ein Bürgerrecht in einer diversen Gesellschaft: „Die Teilhabe an einer Demokratie setzt voraus, dass alle Beteiligten in der Lage sind, zu verstehen, was von ihnen verlangt wird, nicht nur Muttersprachler und Menschen mit hohem Bildungsgrad.“ Möhrs engagiert sich in unterschiedlichen Projekten dafür, Behördensprache zu vereinfachen. Der Ansatz ist stets derselbe: Amtsbriefe rechtssicher und dennoch verständlich zu formulieren.

Foto: privat

Das Problem ist nur: Wo anfangen? Es ist ja nicht nur der Steuerbescheid. Das sogenannte „Beamtendeutsch“ mit seinen zusammengesetzten Monstersubstantiven, juristischen Fachbegriffen,

Passivkonstruktionen und einem Mangel an Verben lauert überall in der Kommunikation mit Behörden und Fachstellen. Wortschöpfungen wie „Dreiseitenkipper“ für Schubkarren oder „Lautraum“ für Diskothek sind berüchtigt, aber immerhin als Amtsdeutsch zu erkennen.

Schwieriger ist es bei Ausdrücken, die in der Behördensprache etwas anderes bedeuten als im normalen Sprachgebrauch. Zum Beispiel das Wort „Veranlagung“, das in der Steuererklärung eben nicht eine natürliche Begabung beschreibt, sondern die Zusammenfassung von Ermittlungsverfahren und Festsetzungsverfahren – wobei „Ermittlungsverfahren“ wiederum keine Polizeiarbeit meint und „Festsetzungsverfahren“ auch nicht die Gefangennahme des Steuerpflichtigen.

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“
Walter Ulbricht

Es ist nicht allein schon deshalb glaubhaft gemacht, es werde ein physisch von der ebenerdigen Nulllinie aus erhabenes Bauwerk errichtet, nur weil insoweit eine entsprechende Einlassung zur Kenntnis gelangt war.

Und dann wäre da noch der Hang zu verschachtelten Bandwurmsätzen: *„Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist.“*

Ganz zu schweigen vom Kasernenton, in dem etwa das Infektionsschutzgesetz daherkommt: *„Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige und Ausscheider können einer Beobachtung unterworfen werden.“*

Dieser Satz vereint gleich mehrere abschreckende Komponenten: ein beamtentypisches ung-Wort, eine Passivkonstruktion, das furchteinflößende Verb „unterwerfen“ und das Substantiv „Ausscheider“, bei dem viele eher an eine schlechte Fußballmannschaft bei der WM oder an ehemalige Bundeswehrsoldaten denken dürften, statt an Menschen, die Krankheitserreger verbreiten.

„Morgenstund hat Gold im Mund“

Die vorgelagerte temporale Periode prämittäglicher Tagesabschnittsphasen korreliert mit im Mundhöhlenbereich befindlichen auralen Artefakten.

Warum bloß drücken sich die Behörden so umständlich und von oben herab aus?

Zum einen, weil das schon immer so war: „Aus solchen Schreiben spricht die historisch gewachsene Haltung des 19. Jahrhunderts, als komplizierte Sprache Kompetenz vermitteln sollte und Bürger als Befehlsempfänger galten“, sagt die Sprachwissenschaftlerin Möhrs. Zum anderen, weil Schreiben, Erklärungen und Verordnungen rechtssicher formuliert sein müssen. Dies führt mitunter zu stichfesten, aber abenteuerlichen Formulierungen. Ein Beispiel ist die berüchtigte „Personenvereinzelungsanlage“. Diese ist keineswegs nur ein amtsdeutsches Synonym für „Drehkreuz“, sondern bezeichnet sämtliche Einrichtungen, mit denen Leute einzeln in ein Gebäude oder auf ein Gelände geschleust werden. Will eine Behörde also sichergehen, dass nicht nur Drehkreuze, sondern zum Beispiel auch Drehtüren und Drehsperren regelmäßig gewartet werden, so schreibt sie „Personenvereinzelungsanlagen“. In diesem Fall ist das Wortungetüm sinnvoll, weil rechtssicher. Aber nur dann.

„Viele Verwaltungsbeamte könnten durchaus in eigenen Worten erklären, was sie da mitteilen“, sagt Möhrs. Doch aus Sorge, die Rechtssicherheit zu gefährden, scheue man Veränderungen – und so bleibt alles beim Alten. Zusammenhänge verständlich zu erklären, erfordere Kompetenz, und zwar nicht nur auf fachlicher Ebene, sondern auch im Umgang mit Sprache. „Doch diese Schlüsselkompetenz wird bei der Ausbildung nicht vermittelt“, sagt Möhrs.

„Der Ball ist rund und das Spiel hat 90 Minuten.“ *Sepp Herberger*

Die physische Beschaffenheit des Spielgerätes ist als globular zu definieren. Die zeitabschnittsweise Festlegung der Dauer der Durchführung der durch Regelwerk bestimmten Bewegungs-abläufe ist auf die Zeitspanne von mindestens drei mal dreißig Minuten sowie höchstens der Hälfte des Zeitraumes einer dreistündigen Zeiteinheit fixiert.

Außerdem gebe es immer mehr Quereinsteiger. „Die haben nicht gelernt, mit der Materie zu interagieren. Also übernehmen sie lieber alte Textbausteine von jemandem, der sich vermeintlich auskennt.“ Das gilt übrigens nicht nur für Behörden. Auch Pressestellen bedienen sich für ihre Mitteilungen oft an den sperrigen Vorlagen - dabei wäre ihre Aufgabe genau das: Fachsprache in verständliches Deutsch zu übersetzen.

Das Institut für Kommunikationswissenschaft an der Uni Hohenheim hat das Phänomen systematisch untersucht. Mithilfe der Software „TextLab“ analysierten die Forschenden 1362 Pressemitteilungen zum Thema Corona-Maßnahmen, die seit März 2020 von Bundesregierung und Bundesministerien verschickt wurden. Dabei schlüsselten sie die Inhalte nach Kriterien wie Satz- und Wortlänge, Passivkonstruktionen oder Fachbegriffen auf. Ergebnis: Die meisten Mitteilungen waren schwer bis gar nicht zu verstehen – nicht zuletzt wegen Begriffen wie Corona Matching Fazilität, Medizinproduktrechte-Durchführungsgesetz, Allgemeinverbindlicherklärung. „Am schlechtesten schnitten die Mitteilungen von Verkehrs- und Justizministerium ab“, sagt der Kommunikationswissenschaftsprofessor Frank Brettschneider, der an der Entwicklung der Software beteiligt war. Ein Beispiel sollte man sich an Radionachrichten nehmen, findet er: „Die muss man beim ersten Mal verstehen.“

Foto: privat

Welche Konsequenzen es haben kann, wenn Inhalte behördlicher Schreiben sich nicht gleich erschließen, zeigt eine Quarantäne-Anordnung von August 2020: Die Formulierung „häusliche Absonderung Ihres Kindes“ vermittelte bei Eltern fälschlicherweise den Eindruck, man wolle ihnen ihre kranken Kinder entziehen. „Wenn in einer Krisensituation nicht klar ist, was zur Bewältigung der Krise nötig ist, kommt es zu Unsicherheiten, Aufruhr und Spaltung in der Gesellschaft“, sagt Sprachwissenschaftlerin Möhrs.

„Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ *Helmut Schmidt*

Bei Auftreten von temporären Wahrnehmungen solipsistischen Charakters, ist die Konsultation approbierten Fachpersonals gegebenenfalls in Erwägung zu ziehen.

Kommunikation kann Vertrauen schaffen. Sperrige Kommunikation kann Vertrauen untergraben. Um an diesem Zustand des Aneinander-vorbei-Kommunizierens etwas zu ändern, bräuchte es Zeit, Geld, Manpower, sagt Möhrs – und vor allem die Bereitschaft, jahrzehntelange Fehler einzugestehen und gewachsene Strukturen aufzubrechen. Das sind hohe Hürden. Zu hohe?

Anruf bei Michaela Blaha. Die Bochumer Sprachwissenschaftlerin versucht seit mehr als 20 Jahren, diese Hindernisse zu überwinden, zum Beispiel mit dem Projekt „Verständliche Gesetzessprache“, bei dem die Ruhr-Universität für die Stadt Bochum Verwaltungsschreiben in verständliche Sprache übersetzte.

Daraus sollte, so die Idee, eine bundesweite Plattform entstehen, das Geld wollten Blaha und ihr Team von Bund und Ländern einholen. „Damals glaubten wir noch, dass es im Interesse des Staates sei, wenn Formulare zur Eheschließung oder Hundesteuerbescheide von einer zentralen Stelle überarbeitet werden, um Zeit und Kosten zu bündeln“, erinnert sich die Kommunikationsexpertin. „Bußgeldbescheide oder Formulare für Eheschließung werden schließlich in jeder Verwaltung benötigt.“

Doch niemand fühlte sich zuständig: Der Bund verwies auf die Länder, die Länder auf die Kommunen. Am Ende beteiligten sich 21 Kommunen, mit einem Minibudget von 35 000 Euro. Damit konnte Blaha immerhin eine Datenbank mit überarbeiteten Texten, einem Gender-Glossar und einem Wörterbuch „Amtsdeutsch-Deutsch“ realisieren. In der Folge gründete sie die Idema Gesellschaft für verständliche Sprache: „Auf diese Weise können wir zumindest die Ämter und Unternehmen unterstützen, die das Thema vorantreiben wollen“, sagt Blaha. Und meint damit auch jene, die bereit sind, dafür zu bezahlen.

Mittlerweile wächst das Problembewusstsein, Anbieter für Sprachberatung sind im Kommen, auch Behörden wagen erste Schritte. Baden-Württemberg hat eine Handreichung für seine Verwaltungsbehörden verfasst und stattete im März sämtliche Arbeitsplätze mit jener Textlab-Software aus, mit der die Uni Hohenheim Pressemeldungen als unverständlich entlarvte. Das Bundesjustizministerium unterhält eine eigene Abteilung für Sprachberatung. Und im Moment entwickelt ein internationales Komitee den sogenannten ISO Plain Language Standard, mit dem für alle gesprochenen Sprachen weltweit ein gemeinsamer Rahmen für Verständlichkeit definiert werden soll.

Es reiche aber nicht, Leitfäden zu schreiben, findet Möhrs. „Will man etwas ändern, muss man an die Texte.“ Und davon gebe es eine gigantische Menge.

Einer, der sich dieser Mission verschrieben hat, ist Lothar Wiegand. Der Politologe übersetzt seit 25 Jahren Verwaltungstexte in eine moderne Amtssprache. Als ehemaliger Pressesprecher beim Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung in Brandenburg ärgerte sich Wiegand oft über das Amtsdeutsch. „Ich hoffe, dass die neue Bundesregierung das Thema endlich angeht“, sagt er. „Denn alle Initiativen versanden, solange der Druck nicht von oben kommt.“

Foto: privat

Seit 15 Jahren hält der gebürtige Hesse an der Landesakademie für öffentliche Verwaltung in Brandenburg Seminare, in denen Mitarbeiterinnen aus Kommunen und Landesbehörden lernen, wie man Texte in moderner Amtssprache formuliert. Das Problem: „Die verstehen oft nicht, was an ihrer Sprache falsch sein soll.“ Um ihnen das vor Augen zu führen, dreht Wiegand den Spieß hin und wieder um. Dann bittet er die Teilnehmer, diesen Satz in verständliche Sprache zu übersetzen: „Nach erfolgter Ankunft und in Augenscheinnahme der Örtlichkeit gelang mir die Erringung des Sieges.“

So viel Geschwurbel für drei Worte: „Veni, vidi, vici“ – „Ich kam, sah, siegte“.

Team

Text Violetta Simon

Digitales Storytelling Violetta Simon

Illustration Christian Tönsmann